

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als
ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung:
Graz, Elisabethengasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 17 bis
19 Uhr. Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Bincengasse Nr. 21.
Sprechstunden: Donnerstag und Freitag 9—12 Uhr. Am Labor
Nr. 18, II. Bez., Gehaus Gebert. — Eingeladene Artikel müssen mit
Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
Jänner 1929
Nr. 1 2. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Beleglieferung wird
jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßensortiment mit
15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Beleglieferung beträgt
S 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland Mk. 90.
Die Bezugsstellen sind im Verzeichnis zu entnehmen. — Postsparkassen-
Konto Nr. 69.771

Trotsky wird in einen Kurort geschickt.

Der „Volkswille“, unser deutsches Bruderblatt,
schreibt:

Wie wir aus Moskau erfahren, hat Stalin ver-
anlaßt, daß der Genosse Trotsky in einen Kurort
Südrusslands geschickt wird, wo er sich von seiner
schweren Malariaerkrankung, die damit zugegeben
wird, erholen soll.

In diesem Schritt sieht man in russischen Partei-
kreisen die Bestätigung für den Annäherungsversuch
Stalins an Trotsky, der bisher abgelehnt hat, die
ihm für eine Verständigung vorgelegten Bedingungen
anzunehmen.

Die Protestwelle des klassenbewußten Prole-
tariats in allen Ländern hat bewirkt, daß Stalin die
infamen Methoden der physischen Vernichtung des
Führers der Leninischen Opposition aufgibt und dem

Genossen Trotsky einen Ort anweist, wo die Gewähr
einer Wiederherstellung seiner durch Malaria außer-
ordentlich geschwächten Gesundheit gegeben ist. Die
Aktivität unserer Freunde zur Freilassung sämtlicher
verbannter und verhafteter Genossen darf trotzdem
nicht erlahmen.

Ob sich an die Maßnahmen Stalins, die von
uns mit Vorbehalt wiedergegebenen Mutmaßungen
über Annäherungs- oder gar Ausöhnungsversuche
knüpfen lassen, bleibt dahingestellt. Nach den jüngsten
Vorgängen im Exekutionskomitee, ist es nicht ausge-
schlossen, daß Stalin versucht, im Kam. gegen seine
bisherigen Freunde sich Bundesgenossen aus den
Reihen der bisher verbannten und verfolgten Opposi-
tion zu erhalten.

Ein Budget gegen die Arbeiter, für die Besitzenden und die Sozialdemokraten stimmen mit.

Der steirische Landtag hat in den letzten Tagen
über die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr
1929 beraten und Beschluß gefaßt. Kurz gesagt, er
hat das Budget aufgestellt.

Dieser Vorgang ist für die Arbeiter-
schaft von großer Wichtigkeit, da sie wissen
will, wo die Steuergelder, die von ihr ge-
leistet werden, hinkommen.

Die Arbeiterschaft bekommt jedoch darüber keine
klare Auskunft, da die gesamten Parteipressen, „Ar-
beiterwille“, „Tagblatt“, „Volkswille“, die durch ihre
Abgeordneten im Landtag genauesten Einblick haben,
vollkommen verschwommene Berichte geben.
Es wird mitgeteilt, daß die Gesamteinnahmen des
Jahres 1929 der Landesregierung 67.083.932 S ein-
bringen und die Ausgaben 73.428.599 S betragen,
somit

ein Defizit von 6.344.667 S

besteht.
Dieses Defizit ist jedoch eine Lüge. Es wurde
errechnet, um bei Forderungen, die vonseiten der
Arbeiter gestellt werden, sagen zu können: Seht, es
ist kein Geld da.

Nur hier und da sind einige Ausgabeposten an-
geführt. Genaue Angaben fehlen. Es ist dies be-
wusste Verschleierung. Die wenigen Ziffern genügen
jedoch, um die Arbeiterfeindschaft dieses Budgets
zu erkennen.

Folgende Ausgaben sind ein kleiner Beweis:

Für die Arbeitslosenfürsorge	184.060 S
Für das Polizeiwesen	318.786 S
Für das Armenwesen	395.850 S
Für die Landesverwaltungen	345.005 S
Für Straßenebauten	2.337.000 S
Für Landeskultur	4.912.261 S

Wem dient die Polizei? Der Bourgeoisie. Des-
halb hat die Arbeiterschaft kein Interesse an ihrer
Ausfütterung. Das proletarische Interesse erfordert
es, jeder Ausgabe für die Polizei entgegenzutreten.
Kleinbürger können das allerdings nicht mehr. Des-
halb hat die S. P. im Landtag dazu geschwiegen.
Für die Polizei ist mehr Geld vorhanden als für
die Arbeitslosen!

Landesortretter haben wir 60, Arme einige
Tausend. Beklere bekommen kaum mehr als erstere.
Schändlich!

Unter dem nichtsagenden Titel „Landeskultur“
sind die Subventionen für die Großbauern versteckt,
denen die Steuergelder für Tierzucht, Weinbau-
förderung usw. in den Taschen gesteckt werden, anstatt
die Ausgaben für Straßenbauten zu erhöhen, wobei
Arbeitslose Beschäftigung finden können.

Die Erhaltung der Klosterschulen
wurde in diesem Budget wieder miteinbezogen. Ein
Antrag der S. P. ihnen die Beiträge nur unter der
Bedingung zu geben, daß die Vesteuerung ihrer Lehr-
kräfte unter Aufsicht der Schulbehörden erfolgt, wurde
abgelehnt. Vor kurzem hat der Landtag erst be-
schlossen, für die

Erhöhung der Katechetengehälter 250.000 S
auszugeben. In diesem Budget findet man so gar
Ausgaben für die Kirchenverwaltung! Dafür zahlen
die Werktätigen Steuer!

Das Landeskrankenhaus eine Wastanstalt
für ausländische Nonnen.

Da der Nonnenzuwachs in Österreich sehr gering
ist, werden aus allen Ländern, aus Polen, Ungarn,
aus der Tschechoslowakei Nonnen herangezogen. Ar-
beiterschaft auf der 2. Seite.

Proletariat und Rationalisierung.

Die Arbeiter der Wiener Firma Krause haben
nach vier Wochen Kampf dem Druck der Metall-
arbeiterverbandsleitung nachgegeben und sind zähne-
knirschend in die Arbeit gegangen. Siegreich bringt
an der Drehbank der „Maschinenfabrik“, der Diag-
nostiker, die Antreibermaschine.

Der Fall „Krause“ hat die österreichische Ar-
beiterschaft alarmiert. Er hat mit aller Schärfe die
Frage des proletarischen Kampfes gegen den ratio-
nalisierenden Kapitalismus aufgerollt. Wie die Ra-
tionalisierung sich auswirkt, darüber braucht in diesem
Zusammenhange nicht viel gesprochen werden. Ohne
daß die Löhne sich nennenswert gehoben hätten
würde — nicht so sehr durch neue Maschinen, son-
dern vor allem durch Spitalisierung der Antreiberei
— die Arbeitsleistung um durchschnittlich 50 bis
70 Proz. gesteigert; es gibt zahllose Fälle, die wir
demnächst konkret anführen werden, wo eine Steige-
rung der Arbeitsleistung um 200 bis 300 Proz. er-
zielt wurde! Die Folge dieser Rationalisierung ist —
trotz Konjunkturerbesserung — steigende Arbeits-
losigkeit. Im Jahre 1928 sind zweifellos allein durch
Rationalisierungsmaßnahmen mehr als 50.000 Ar-
beiter brotlos geworden!

So wird die Frage immer brennender, immer
zwingender: „Was muß das Proletariat tun,
um seine Interessen angesichts der Rationa-
lisierungsoffensive der Unternehmer zu wahren?“

„Wir sind keine Maschinenstärmer“, erklären die
reformistischen Gewerkschaftsbürokraten und sprechen
geföhrt von einer neuen „industriellen Revolution“
und veranlassen das Proletariat, sich widerstandslos
dem Rationalisierungsbürokraten der Unternehmer zu
fügen. Andererseits gibt es revolutionäre Proletarier,
die erklären: „Wir haben als revolutionäre Prole-
tarier, als Gegner des Kapitalismus, kein Interesse
an der Rationalisierung und lehnen jede Rationali-
sierungsmaßnahme grundsätzlich ab.“

So niederträchtig die Haltung jener ist, die mit
aller Kraft bemüht sind, jeden Kampf des Prole-
tariats gegen den rationalisierenden Kapitalismus im
Keime zu erstickern, so gefährlich und falsch ist die
Auffassung derjenigen, welche das Proletariat zum
grundfählichen Kampf gegen die Rationalisierung auf-
rufen. Können wir prinzipiell erklären, wir
lehnen die Einführung von Kontrollapparaten in den
Betrieben ab, können wir an diesem Punkt mit
der Aufstellung des proletarischen Klassenkampfes ein-
gehen? Wer prinzipiell die Einführung von
Kontrollapparaten ablehnt, muß konsequenterweise
auch ebenso prinzipiell die gesamte Rationali-
sierung, deren integrierender Bestandteil die Kon-
trollapparate sind, ablehnen.

Ist es aber möglich, das Proletariat
zum grundsätzlichen Kampf gegen die Rationa-
lisierung aufzurufen? Zweifellos würde ein
solcher Versuch und selbst nach den heroischsten An-
strengungen ergebnislos zusammenbrechen, so wie auch

der Versuch, sich dem Siegeslauf des maschinellen Bedarfs entgegenzuwerfen. Also müssen wir die schamlose Nationalisierungsoffensive, die verdreifachte Ausbeutung, die anwachsende Arbeitslosigkeit widerstandlos über uns ergehen lassen, wie es uns die Reformisten raten? Nein, gerade im Gegenteil!

Die erste Aufgabe der Betriebsarbeiterschaft ist die entschlossene Abwehr gegen ein Nationalisierungs-diktat der Unternehmerräte! Ihr wollt mit Hilfe von Kontrollapparaten u. s. w. Höchstleistungen? Dann können wir nicht mehr 8 Stunden arbeiten, denn bei Höchstleistungen wird unsere Nerven- und Muskelkraft in 6 Stunden mehr verbraucht, wie bei 8 stündiger Normalarbeit. Ihr wollt uns 50 bis 70 Proz. mehr herauspressen wie früher? So auch ihr Herren. Wenn die Arbeitsleistung steigen soll, dann müssen im gleichen Prozentsatz die Löhne steigen. Nicht gegen die Nationalisierung, sondern dagegen, daß der Profit der Nationalisierung in die Taschen der Kapitalisten fließt, muß der erbitterteste Kampf geführt werden. So und nur so kann das Proletariat seinen Kampf führen. Der Kampf um den Mehrertrag durch Nationalisierung muß in ansteigenden Massenkämpfen mit dem Ziel der Produktionskontrolle verbunden werden; an Hand der praktischen Erfahrungen muß den Arbeitern die ganze Überlebensnot des kapitalistischen Systems überhaupt demonstriert werden, müssen sie errogen werden zum Kampf für den Sozialismus, für die kommende proletarische Revolution.

Ein solcher Kampf wird, von den kleinsten Anfängen bis zu seinen revolutionären Perspektiven, auf den erbittertesten Widerstand der „Wirtschaftsdemokraten“, der Apostel des „Arbeitsfriedens“, der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten stoßen. Darum kann dieser Kampf in den Betrieben nur geführt werden gleichzeitig mit dem unverzüglichsten Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung, für einen Umbau der gesamten Gewerkschaftsbewegung nach Industriegruppen, um erfolgreich gegen den organisierten Kapitalismus kämpfen zu können.

Heraus mit den eingekerkerten deportierten Volkswirte!

Genossen, Freunde!

Seit vielen Monaten stehen in den Kerker Rußlands, in den weitentlegenen Einsiedeln Sibiriens die besten Kämpfer der russischen Revolution dahin. Trotz, Nadel, Malowsky, Prokofjewsky, Smirnow, Sosnowsky und 8000 bolschewistische Arbeiter hat das kleinbürgerliche Stalin-Regime verbannt oder eingekerkert. Ihrer besten Kämpfer beraubt, wankt die proletarische Diktatur in Rußland, untergräbt sie ihre eigene Macht im Kampf mit der herangewachsenen Bourgeoisie. Je schwächer aber die Macht des Proletariats in Rußland, umso stärker wächst die Angriffslust des Weltimperialismus, der nun hofft, den gewaltigen Arbeiter- und Bauernstaat unterjochen, aufzuteilen und ausbeuten zu können.

Im Interesse der proletarischen Diktatur in Rußland, im Interesse des europäischen Proletariats, das durch einen Zusammenbruch Sowjetrußlands die ganze Macht des triumphierten Kapitalismus spüren würde, ruhen wir Euch auf, mit ganzer Kraft unsere Aktion, die wir jetzt beginnen, zu unterstützen. Wir wollen am 21. Januar 1929, dem fünften Jahrestag des Todes Lenins, die russischen Gewandtschaft in Wien die Protestresolutionen der revolutionären Arbeiter gegen das System der Verbannungen und Deportationen bolschewistischer Kämpfer überreichen. Sinnvoll unterstützen! Nehmt überall dem entsprechenden Resolutionen auf! Schenkt Eure Stimme, wie ihr sie für Spanien und Barcelona erhoben habt!

Resolution der „Rechten der russischen Opposition“
 Kurt Landau, Albert Pfaffel, Graz.

Fortsetzung von der 1. Seite.

beiter, die Ausländer sind, bekommen nach dem Inlandeseinstieg keine Arbeit. Die Maschinen werden versorgt. Die sozialdem. Abgeordnete Köstler beantragen, an Stelle der ausländischen Frauen weltliche Pflegerinnen einzustellen. Die Christlichsozialen, die Landbändler und die Großrentner waren dagegen.

Gegen die Industrieregierungen wurde von den Bürgerlichen der Beschluß gefaßt, ihnen von den Steueranteilen, die sie haben, 40 Proz. wegzunehmen. Dadurch werden den Gemeinden die Aufgaben für die soziale Fürsorge erschwert.

Für die „armen“ Hausbesitzer müssen die Mieter ab 1. Jänner einen „Zinsgrosch“ für jede Stubenkrone zahlen. Befragt wird, daß dieser Zinsgrosch eine Entschädigung für die Zins-einkassierungen sein soll. In Wirklichkeit verbirgt sich dahinter der Versuch, den Mieterkrieg zu umgehen.

Neujahrsgebanten eines Bauarbeiters.

„Friede den Menschen auf Erden“ heuchelten die Christen aller Färbungen und trompeteten es in alle Weltkirchen. Selbe und schwarze Judenverbände wetteiferten einander in der Almosenverteilung an ihre Schädel. Jene Lumpen die 364 Tage im Jahre händlich demüht waren uns alles zu nehmen was uns gebührt, sie werfen uns am 365ten Tage mit der erbetensten Spendermühe ihrer christlichen Warmherzigkeit ihre Betteltrayen hin. Das alte Jahr verging unter den Anstürmen der Reaktion gegen die Arbeiterklasse. Mieterkuchlampagne, Heimwehfaschismus ergaben das Duett der Bürgerlichen, in das sich hinein die Schiffe der Steildesbanditen mischen. Das sind die Auklärge — und das neue Jahr?

Ein Ara neuer unerwählter Kämpfe steht uns bevor. Es läuft im März 1929 unser Kollektivvertrag ab. Und schon kündigen die Herren Unternehmer an, daß sie die immensen Lasten des Endgeldes, der Urlaubsmarken nicht länger tragen können. Sie wollen ändern — wollen verschlechtern. Das so mühsam Er kämpfte soll verloren gehen, soll die Taschen der Bauherren füllen und die Mägen der ausgehungerten Proleten leeren. Das Schlimmste aber ist, das nur 30 Prozent der gesamten Bauarbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert ist. Die 30 Prozent sollen nunmehr die Kassen aus dem Feuer holen, sollen die Gefechte für die gesamten Berufscollegen führen. Wir haben freilich im letzten Jahr 1200 Genossen in Steiermark allein gewonnen. Aber was ist das gegen die riesige Zahl der Indifferenten.

Mägen aber die Schwierigkeiten noch so groß sein, wir werden kämpfen. Als Teil des gesamten Proletariats für unsere Rechte eingen und alle Anstürme der Reaktion zurückzuschlagen. In das Gloriettingen der Neujahrsnacht und in das weinduselige „Prost! Feilgrößen“ der Bourgeoisie kündet unser Kampfeswille: Ihr zwingt uns nicht. — Der Freiheit eine Gasse — trotz alledem.

Habsburgerumtriebe in Ungarn.

Albrecht Habsburg, der Thronanwärter der horthy-nischen Konterrevolution, organisiert mit seinen Anhängern sieberhaft die Nachtübernahme. Seine Hauptstütze, der Staatssekretär Ömbö, Führer der Kassen-schüler, veredigt bereits die Vereinte-Organisationen auf Albrecht Habsburg. Die Großbourgeoisie, das jüdische Finanzkapital um die Aristokratie, die im legitimistischen Lager stehen, fählen sich dadurch sehr beunruhigt.

Während im Schoße der herrschenden Klasse diese Querentkämpfe wüten, zieht das Geipensil des Bauers durch die Arbeiterdiktatur, die Bauarbeiterdiktatur und in den Bauernbüchern der Tiefen steigt die Erbitterung der Bauern über das Vereinte-System, über die feudale Grundherrschaft, die macht-trinken in ungenügenden Dose trinkt.

Verbreitet den „Wahrheit“!

Eine Erhöhung der Bieranfrage von 6 S auf 9 S 80 g

wurde in diesem Budget ebenfalls zum Gesetz. Dadurch wird das Bier pro Liter um 4 g teurer werden. Dem wird dabei das Geld wieder aus der Tasche gestohlen? Dem Proleten. Der Bürger kauft Wein und Champagner.

Daß den Bürgerlichen dieses Budget durchgegangen ist, darüber ist bei ihnen Freude. Die Sozialdemokraten waren ja sehr ankündig, sie haben trotz der Arbeiter-feindlichkeit dieses Budget keinen Lärm geschlagen. Sichtlich erfreut darüber schloß der Pfarrer Kölbl am 21. Dezember um halb 10 Uhr abends die Budgetberatung am wünschste den Abgeordneten unter dem Befall Aller fröhliche Weihnachten und ein gutes Neujahr.

Die Heimwehren mit Seipel zufrieden.

In den „Innsbrucker Nachrichten“ hat die Heimwehreitung eine Rundgebung veröffentlicht, in der es heißt: „In den Kreisen des Heimatschutzes hat die Rede Dr. Seipels in Graz große Befriedigung ausgelöst.“

Der „reaktionäre“ Aufstand in Afghanistan zusammengebrochen.

Die Regierungstruppen haben die Aufständischen aus ihren Stellungen vertrieben. Die wichtigsten Stützpunkte hatten sie besetzt. Der König erhielt die Unterstützung mehrerer Stämme.

Ein Obdachloser erfroren.

Außerhalb Schwanzberg wurde ein alter Mann am 24. Dezember erfroren aufgefunden. Es war der 68 jährige Altersrentner Franz Hidl.

Teilstreit polnischer Eisenbahner.

Warschau. In Lemberg und Brzysyl ist es zu einem Streik der Eisenbahner gekommen. Zweitausend Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt, da ihre wirtschaftlichen Forderungen nicht berücksichtigt werden sind. Der Eisenbahnminister will beim Ministerrat Kredite für eine einmalige Zulage beantragen.

Bankrott der stalinistischen Sonderaktionen bei den Arbeitslosen.

Bekanntlich haben die Wiener Stalinisten versucht, gegen die überparteiliche Arbeitslosenbewegung, die vom 16er-Ausschuß geführt wird, eine rein stalinistische Arbeitslosenbewegung zu organisieren. In den letzten 14 Tagen sollten vier machtvolle Versammlungen auf den Vermittlungen stattfinden als Auftakt zu einer imposanten Demonstration der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter auf der Ringstraße noch vor Weihnachten.

In der ersten Versammlung, die beim Wimmerer stattfand, erschienen 300 Arbeitslose. Als es in dieser Versammlung zu einem organisierten Überfall auf drei anwesende Mitglieder des 16er-Ausschusses kam, verließen die meisten Arbeitslosen die Versammlung.

Bei der zweiten Versammlung, die bei den Metallarbeitern stattfand, erschienen, trotz 5000 Niefenflugzetteln nur 68 Personen, davon c. 10 von uns und 15 Ordner aus allen Bezirken . . .

Die dritte Versammlung sollte bei den Holz- und Textilarbeitern stattfinden. Da nur sechs Personen erschienen, verschwand der Referent fluchtartig.

Die vierte Versammlung wurde eine Woche lang bei den Anwesenden angeblüht. In der weissen Voraussicht, daß es hier für die Später noch schlechter abgehen wird, wurde überhaupt kein Lokal aufgenommen.

Überflüssig zu sagen, daß nach diesem katastrophalen Bankrott jeder Versuch der Organisierung einer Demonstration unterblieb. Demonstriert wurde nur eines: Wie schwer die Spaltungspolitik der Stalinisten das Ansehen der Arbeitlosen schädigt.

Die Diktatur Rüd! gegenüber den Invaliden.

In einem „Die Diktatur Rüd! gegenüber den Invaliden“ betitelten Artikel in Ihrem Blatte „Der Mahnruf“ Nr. 50 vom Dezember 1928 schreiben Sie auf Seite 3:

„Der größte Teil der fleischlichen Invaliden hat Rüd! als Führer abgelehnt, und zwar schon vor 9 Monaten. . . Wie ein Bluteigel hängt er an diesem Mandat. Dies beweist am besten, daß er sich nicht schämte, sich am Mussolini-Delegiertentag der fleischlichen Invaliden mit einer wahren Gewalt diktatur nochmals wählen zu lassen.“ Die in diesen Sätzen ausgesprochenen Behauptungen, daß der größte Teil der fleischlichen Invaliden mich als Führer abgelehnt habe; daß ich wie ein Bluteigel an diesem Mandate hänge; daß ich mich am Delegiertentag der fleischlichen Invaliden mit einer wahren Gewalt diktatur nochmals habe wählen lassen, sind unwahr. Wahr ist dagegen, daß der größte Teil der fleischlichen Invaliden mich als Führer wünschte; daß ich keineswegs an diesem Mandate hänge, daß ich durch den freien Willen der stimmberechtigten Delegierten nochmals und vollkommen statutenmäßig zum Landesverbandsobmann gewählt worden bin. Weiters schreiben Sie: „Was werden die Invaliden Steiermarks sagen, wenn ihnen klar und deutlich offenbart werden wird, wie Sie als Obmann die Invaliden mit den Sachdemobilisierungsgütern bemogelt haben? Sie erhielten Waren für die Invaliden gratis und der Verband verkaufte dieselben unter Ihrer Leitung an die armen Invaliden zu Wucherpreisen weiter.“ Die in diesen Sätzen ausgesprochenen Behauptungen, daß ich als Obmann die Invaliden mit den Sachdemobilisierungsgütern bemogelt habe, daß ich Waren für die Invaliden gratis erhielt und das der Verband dieselben unter meiner Leitung an die armen Invaliden zu Wucherpreisen weiterverkaufte, sind unwahr. Wahr ist dagegen, daß ich als Obmann die Invaliden niemals mit den Sachdemobilisierungsgütern bemogelt habe, daß der Verband Waren, die ich für die Invaliden gratis erhalten habe, unter meiner Leitung an die armen Invaliden niemals zu Wucherpreisen weiterverkauft hat. Weiters schreiben Sie: „Nun lassen Sie jene Invaliden, Witwen und Waisen, die Ihrer Schanddiktatur nicht blindlings Folge leisten, durch Ihre brutale Zurückhaltung der längst fälligen Kinogelder im Betrage von circa 30.000 Schilling zu Weihnachten hungern und glauben, diese damit würde zu machen.“ Die in diesem Satze enthaltenen Behauptungen, ich lasse jene Invaliden, Witwen und Waisen, die mir nicht blindlings Folge leisten, durch Zurückhaltung von Kinogeldern im Betrage von ca. S 30.000 zu Weihnachten hungern, um sie damit würde zu machen, sind unwahr. Wahr ist dagegen, daß ich keine Kinogelder zurückhalte, daß Kinogelder im Betrage von S 30.000 nicht fällig sind. Weiters schreiben Sie: „Jeder anständig denkende Mensch muß Ihnen den Rücken kehren, wenn er weiß, daß Sie mit einem Lächeln darüber hinweggehen, wenn durch Ihre unmenschliche, herzlose Handlungsweise der Zurückhaltung der Kinogelder 13.000 Invalide, Witwen und Waisen am Weihnachtsabend frieren und hungern müssen.“ Die in diesem Satze ausgesprochene Behauptung, daß durch meine Handlungsweise 13.000 Invalide, Witwen und Waisen am Weihnachtsabend frieren und hungern müssen, ist unwahr. Wahr ist dagegen, daß ich keine Kinogelder zurückhalte, und daß mich an dem Frieren- und Hungern Waisen der Invaliden, Witwen und Waisen keine Schuld trifft. Weiters schreiben Sie: „Ihr Werk ist es auch, daß die obdachlosen, arbeitslosen Invaliden, die im Wohnungsheim wohnen, ab 1. Jänner 1929 rüchichtslos hinausgeworfen werden sollen, weil sie sich nicht unter Ihre Kuchtel beugen.“ Die darin ausgesprochene Behauptung, daß die obdachlosen, arbeitslosen Invaliden, die im Wohnungsheim wohnen, ab 1. Jänner 1929 rüchichtslos hinausgeworfen werden sollen, ist unwahr. Wahr ist dagegen, daß im Wohnungsheim, welches Eigentum des Landesverbandes

Erklärung an den 6. Weltkongreß der Komintern.

Von Leo Trotsky.

(7. Fortsetzung.)

Doch eine mehr aktuelle Frage ist die: **Was kann und muß die Opposition gegenwärtig in dieser kritischen Übergangsperiode tun?** Auch hier werden wir die Frage ganz eindeutig stellen, damit kein Platz für irgendwelche Unklar- oder Mißverständnisse bleibt. Kann die Opposition die Rechte, gegen die formell an der Macht befindlichen Zentrissen unterstehen, um sich an ihnen für die standalbe Fege, für ihre Grobheit und Unloyalität, für ihren Wrangelschen Offizier, für den Artikel 58 und ihre anderen verächtlichen dunklen Taten zu rächen? Eine solche Kombination von Linken und Rechten ist bereits in verschiedenen Revolutionen vorgekommen. Solche Kombinationen aber vernichteten diese Revolutionen. Die Rechten stellen in unserer Partei jenes Glied dar, an welchem die bürgerlichen Klassen es versuchen, die Revolution auf den Weg des Thermidors hinüberzuziehen. Das Zentrum macht augenblicklich den Versuch eines Widerstandes oder wenigstens den Versuch eines halben Widerstandes. Es ist klar, daß die Opposition mit den abenteuerlichen Kombinationen, die darauf berechnet sind, mit Hilfe der Rechten das Zentrum zu verdrängen, nichts gemein haben kann. Die Opposition unterstützt jeden noch so zögernden Schritt zu einer proletarischen Linie, jeden, auch noch so unentschlossenen Versuch des Widerstandes, den thermidorianischen Elementen gegenüber. Die Opposition hat das feither gemacht und wird es auch in Zukunft machen, ganz unabhängig davon, ob das sich auf die Rechten stützende Zentrum es will oder nicht. Die Opposition macht das ohne irgendwelche Verfländigungen oder Konzessionen. Sie rechnet nur damit, daß augenblicklich der taktische Zick-Zack-Kurs des Zentrums eine Strecke lang parallel der strategischen Linie der bolschewistischen Politik läuft. Daß die Opposition, auch wenn sie außerhalb der Partei steht, sich nicht von den Verpflichtungen und der Verantwortung eines Parteigenossen vor dem Lande und der Partei als Ganzes befreit fühlt, das haben wir zum letzten Male auf dem 5. Parteitag durch Genossen Smilga erklärt. Hier kann nur das dort Gesagte restlos wiederholt werden: Das bedeutet also insbesondere, daß trotz der Fege, der Anschläge, des Artikels 58, jeder Oppositionelle nach wie vor bereit ist, einen Auftrag

der Partei, ganz unabhängig davon, welches die gegenwärtige Periode und das von ihr durchgeführte Regime ist, durchzuführen. Kann aber nun die Opposition vor der Partei die politische Verantwortung für die gegenwärtige Wendung, als einer wirklichen leninistischen übernehmen. Nein, das kann sie nicht. Die Unterstützung einer jeden, wenn auch nur teilweisen Linkswendung durch die Opposition darf niemals zu einer parteispießbürgerlichen Bejahung des, wenn auch linken Zentrismus, zu einem Verschweigen der widerspruchsvollen Halbheit des Zentrismus führen. Ebensovienig werden wir eine Fortsetzung der Fehler des Zentrismus verschweigen oder pharisaerisch die Augen vor den revisionistischen Theorien derselben verschließen, durch welche nur neue Fehler vorbereitet werden. Indem sie jeden linken Schritt des regierenden Zentrums, der gegen die Rechte gerichtet ist, unterstützt, muß und wird die Opposition die völlige Unzulänglichkeit dieser Schritte und das Unsichere der gesamten Linkswendung kritisieren, solange diese nur einen befehlsmäßigen Charakter trägt und keine wirkliche in den Massen verankerte Linkswendung ist. Die Opposition wird unerbittlich auf die ungeheuren Gefahren hinweisen, welche vor der Partei stehen und die der Unfolgerichtigkeit, der theoretischen Undurchsichtigkeit des politisch widerspruchsvollen gegenwärtigen Kurses entspringen, der sich nach wie vor ausschließlich auf einen Block des Zentrums mit den Rechten gegen die Linken stützt. Kann die Opposition in dieser Lage auf ihre Plattform verzichten? Jetzt weniger denn je. Auf die Plattform verzichten würde heißen, daß man auf einen durchdachten, systematisch begründeten Linkskurs verzichtet und damit den Rechten den besten Dienast erweist, die ihre ganzen Erwartungen und Hoffnungen auf den unfolgerichtigen Zick-Zack-Kurs der Zentrissen gesetzt haben. Der weitere Kampf für die Ideen und Vorschläge der Plattform bedeutet die richtige, ernste und wirkliche Unterstützung eines jeden einigermaßen linken Schrittes des Zentrums. Nur unter diesen Umständen kann man ernstlich hoffen, daß es der Partei gelingen wird, durch die Methode einer Parteireform, den zentrissischen linien Zick-Zack Kurs zu einem wirklichen leninistischen Kurs zu verwandeln. (Fortsetzung folgt.)

der Kriegsbeschädigten, Kriegervitwen- und Waisen Steiermarks ist, alle dort untergebrachten sonst obdachlosen, arbeitslosen Invaliden, insoweit sie ordentliche Mitglieder des Landesverbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegervitwen und Waisen Steiermarks sind, nach Maßgabe der vorhandenen Plätze auch ab 1. Jänner 1929 dort weiterverbleiben können.

Engelbert Rüd!

Obmann des Landesverbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegervitwen und Waisen Steiermarks, Ges., Hundsdorfergasse 43.

Invalide, Betriebsarbeiter, verfolgt genau die nächste Nummer des „Mahnrufes“. Der Berichterstatter der Invaliden wird auf diese Berichtigung die entsprechende Antwort geben.

Staubbeutelbude Brädlmeier.

Wer die bunten Abzeichen und Stampalien in der Auslage der Wurzasse betrachtet, ahnt wohl nicht, wieviel Schweiß und Hungertränen an all den Erzeugnissen der Firma Brädlmeier hängen. An die 30 Burichen und Mädeln sind es, die Tag um Tag in den Fabrikräumen schuften und ihre Kraft dem Kaffeestressor Brädlmeiers opfern. 15 Schilling in der Woche, das ist der Schindlohn dieses Heimwehtrahnen, der ängstlich bemüht ist, die Roten vom Betrieb ferne zu halten. Denn solange

Spendet für den Vorkfond!

sein Spielkeller, der gelbe Betriebsrat Kapper das Bepter in der Bude schwingt, wird es so leicht nicht anders werden. Aber es beginnt sich zu regen. — Und es wird auch in dieser Knochenmühle die Zeit kommen, wo die Ausgebeuteten mit den christlichen Arbeitervertretern und ihren christlichen Schundlöhnen ein Ende machen.

Schinderbude Bieber.

28 Schilling 20 Groschen, das ist der Wochenlohn, den sich im Durchschnitt die Arbeiter beim Bieber in der Neubaugasse bei härtester Schinderei verdienen. Sope frist Löhner in den Händen — Rast verbrennt die Haut und stemmt tief ins wunde Fleisch die Merkmale der Profitgier der Bourgeoisie. Geschäftig eilen die schwweißtriendenden Männer auf den fußbreiten Ziegelbänken zwischen den unter Umständen tobenden Wässern des Farbenganges. Ständig lauern die morasternen Bohrtümpeln mit ihrer schmutzig-braunen, schillernden Wasserfläse auf ihr Opfer. Gleichmäßig im Takt, langen die Männer die schweren, vollauffenen Säute unerschleffen sie weiter. Werbe, wenn ein Panzariff falsch ist. Blot, Trottel, sind die gelindesten Ausbrüche, die der alte Bieber seiner Bürgerbildung herausst. Ständig angegriffen vom „Fritz“ und der „Villenichange“, schuften und schinden sie hin. Ohne Geduld, ohne Betriebsrat — sind die Arbeiterpolen leichte Preute brutaler Unternehmerrausbeuterei.

Neue Schiedsrichter der Dollarpapiere

Wir beschäftigen uns schon einmal mit dem brutalen Vorgehen der Hausbesitzerin Josefine Gottlieb, Neubangasse 22, gegen die alte, franke Maria S. Die Verhandlung am 12. Dezember im Bezirksgericht unter dem Vorsitz Dr. Nagers, hat ihre Abmüdung abgewiesen, und der objektive Rechtspruch des Oberlandesgerichtsrates Dr. Nagers hat ihren erbitterten Plänen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber der Mißerfolg ließ sie nicht ruhig schlafen. Sie hat neuerdings gekündigt, und will alles aufbieten, die halbtägige Alte hilflos auf die Straße zu jagen. Man muß schon sagen, daß diese Vorgangsweise an brutaler Dreistigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es gehört schon eine harte Gewissenlosigkeit und ein höchst eigenartiger Charakter dazu, eine alte Frau, die durch 26 Jahre redlich ihren Hinz zahlte, grundlos heute auf die Straße jagen zu wollen.

Die Dollarpapiere aber wird sehen, daß sie in diesem Falle auf Granit beißt und ihre Niederträchtigkeit am geschlossenen Widerstand der Parteien zerplatzen wird.

Ausbeuterei der Baufirma Hätinghaus, Graz.

Diese Firma unter Leitung des Herrn Höller benützt die große Krise auf dem Arbeitsmarkt besonders zur Ausbeutung der Arbeitslosen. Diesem Herrn ist der an und für sich niedrige Tarifstundenlohn von 92 Groschen noch zu hoch, denn er sucht sich nur ausgehungerte Proleten für einen Stundenlohn von 60 Groschen. Außerdem werden keine Versicherungsbeiträge bei der Krankenkassa geleistet. Überstunden werden ständig geschunden, trotz der großen Arbeitslosigkeit, natürlich ohne den tariflichen Zuschlag.

Die Angestellte, Frau Bötsch, ist aber noch der Meinung, daß die Arbeiter für die schäbige Entlohnung, zum Dank auf dem Bauche rutschen müssen. Rekel dieser Rechtsleere und der 60-Groschenbude den Rücken oder erkämpft eure Rechte.

Das schmutzige Weiße Kreuz!

Am 26. Dezember sammelte Dr. Mehzer all seine Schächlein und die hungrigen Proleten, die an das Lebendigwerden, des so oft gepredigten Christuswortes „Selig sind die Warmherzigen“ glaubten, zur Weihnachtsfeier. Nach endlosen stein-zweihenden Kirchengesängen und hl. Rezitationen vollzog sich die — Bescherung. Ein halbes kg Mehl — und ein ungewöhnliches, vor christlichen Dreck strotzendes Laibzel war die fromme Gabe des hilfsbereiten Weißen Kreuzes an einen besonders Bedürftigen. —

Man weiß nicht, über wen man sich hier ärgern soll — über die Unverschämtheit dieser Aufschreier oder über die Dummheit der armen Proleten, die wohl belehrt sein werden, daß wir von niemanden etwas zu betteln — wohl aber von der Bourgeoisie und ihren Lakaien viel zu fordern und uns zu erkämpfen haben.

Schikane der Arbeiter-Unfallversicherung in Graz.

Dem Unfallrentner Preitenhaler in Voitsberg wurde vor einigen Monaten ohne Begründung, bezw. Mitteilung die Rente eingestellt. Da die dortige Arbeitsnachweisstelle trotzdem daran gehen wollte, die nichterhaltene Rente von der Arbeitslosenunterstützung abzuziehen, war P. gezwungen, nach Graz zu fahren, um eine Entschädigung in der Frage der Unfallrente herbeizuführen. Als P. am 11. Dezbr. diesbezüglich in der Versicherungsanstalt erschien, ließ man ihn von 9 bis halb 2 Uhr warten, ohne ihn zur Begutachtung vorzunehmen, obwohl man dies nach dreistündiger Wartezeit zusagte. Um halb 2 Uhr fertigte man den arbeits- und mittellosen Arbeitslosen ohne Untersuchung und Fahrtenschädigung mit dem höhnischen Bemerkten ab, er möge sich in

Voitsberg vom Amtsort unterrichten lassen. Es ist höchste Zeit, daß das herkömmliche Aufgabensystem der Unfallversicherung durch die Arbeitslosen selbst bald und gründlich beseitigt wird. Von den blutig verdienten Arbeitergroßen müßten sich die verschwiegenen Ärzte und Leistungsbeamten, während die Krämpfe als Opfer der Kapitalisten bei Inanspruchnahme ihrer Rechte schwindig und mit Schikanen abgewiesen werden.

Pfaffenfrechheiten in Voitsberg.

In der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Voitsberg blüht das Schwarzlastertum. Dort werden Schulinder von Religionslehrern aufgefordert, die Gesinnung der Eltern auszuforschen. In den Reichstühlen werden den Kindern von geilen Pfaffen sehr merkwürdige Fragen auf zeruellem Gebiete gestellt. Gegen Freidenkereltern wird gehetzt. Dem Vater — erklärte ein Kutenbruder — der seine Kinder nicht in den Religionsunterricht schickt, gehört ein Nählstein um den Hals gehängt. In einem Flugblatt und in einer öffentlichen Versammlung lamentierte der sozialdem. Parteisekretär Steiner gegen die „Übergriffe“ der Religionslehrer und bitter beschwerte er sich, daß die Christlichsozialen die S. P. als religionsfeindlich hinstellen. Besonders gekränkt sind die dortigen S. P.-Größen, daß man sozialdem. Frauen nicht als Firmpatinnen anerkennen will! So hat die S. P. den Kampf gegen die schwarze Pest aufgegeben. Wir Kommunisten führen ihn weiter.

Heraus aus der Kirche! Kampf gegen die Kutenträger, die besten Stützen des Kapitalismus.

Warum die Polizei schwieg?

Vor kurzem wurde ein „Rittmeister“ namens Bödel dem Landesgericht eingeliefert. Der Mann hatte Betrügereien in der Höhe von 12 000 Schilling am Kerbholz. Merkwürdigerweise gab die Grazer Polizeidirektion über diesen Fall keinen Bericht an die Zeitungen. Nun ist die Ursache dieses diskreten Verhaltens aufgelklärt. Der Rittmeister war Kommandant der Heimwehr-Autokolonne.

Der Vorkämpfer gegen die Linken Kommunisten — ein Dieb und Polizeispindel.

Das Mitglied des Z. K., der Vorsitzende der österreichischen Arbeiterwehr, der Organisator der entscheidenden Aktionen der Partei, Ludwig Schmidt, mußte am 9. Dezember wegen Diebstahl und Konfidentenwesens aus der K. P. ausgeschlossen werden. Schmidt war der Mann, der am 6. Oktober nachts in Pottendorf erklärte: „Für Linke Kommunisten gibts hier kein Quartier“. Schmidt war der Mann, der am 7. Oktober früh, nachdem er die Kommunisten in die Hände der Polizei gespielt hatte, erklärte: „Die Linken Kommunisten haben uns an die Polizei verraten“. Mit einem Wort — Schmidt war das leuchtende Vorbild eines stalinbewußten Z. K.-Schergen. Wir haben in einem offenen Brief und in einer Erklärung der Genossen Landau und Daniel sofort nach dem 7. Oktober vor dem Verräter und Polizeispindel gewarnt, wir zügeln sein Verhalten auf. Es war umsonst. Schmidt hielt sich — wer er doch ein „Trochlistenfresser“ erster Güte. Jetzt konnte ihn das Z. K., da seine Unterschagungen bereits hunderte Schillinge betragen, ausschließen. Aber das Z. K., das Schmidt bisher gedeckt hat, ist mitschuldig an dem Verbrechen, daß dieser Falunke begangen hat, der vor wenigen Monaten noch stellvertretender Reichssekretär war, obwohl wir bereits vor 2 Jahren vor diesem Manne, der seine Kinder in die Klosterschule schickte, warnten. Mehr noch: Wir sagen den ehrlichen Genossen, die es in der Partei gibt, daß sie sich täuschen wenn sie glauben, daß sie mit dem Ausschluß die Pesthäute des Verräters in der Partei beseitigt haben.

Aus der Internationale.

Das Pol. Büro der K. P. D. hat den Ausschluß von Jakob Walcher, Paul Fröhlich, Endreic, Max Köhler, Schreiner, Eitel, Schmidt-Erfurt und Reibbein beschloffen. Brandler und Thalheimers Ausschluß ist durch ihre Weigerung nach Moskau zu fahren, automatisch eingetreten.

Klara Zetkin hat gegen den Ausschluß der deutschen Rechten Protest erhoben und ihre sofortige Abreise nach Deutschland angekündigt, um in öffentlichen Versammlungen gegen das Thälmannsche Z. K. und für die Ausgeschlossenen einzutreten.

Bucharin, der Vorsitzende des Effi, hat einen Urlaub auf unbestimmte Dauer erhalten. Die Beurteilung kommt einer Stillstellung gleich, die im Zusammenhang steht mit Bucharins Gegnerschaft gegen den Ausschluß der Rechten in Deutschland.

Bei den Parlamentswahlen in Antwerpen beteiligten sich heuer zum erstenmal die oppositionellen Kommunisten. Sie erhielten 3083 Stimmen, während die Stalinisten nur 2615 Stimmen erhielten.

Verschiedenes.

Leichenschänder aus Aberglaub.: Ein Pferdeldnecht aus Raasdorf bei Neumarkt in Steiermark hörte irgendwo von abergläubischen Bauern, daß Pferde mit Menschenknochen verjüngt werden könnten. Besorgt um das alternde Pferd seines Dienstgebers, brach er in die Totenkammer des Friedhofes ein und nahm sich dort mehrere Unterschenkelknochen, die er vernahnte. Am 12. Dezember stand er vor dem Leobner Gericht als Angeklagter. Der Richter verurteilte ihn mit Rücksicht auf seine Jugend zu dreitägigem Arrest, bedingt auf ein Jahr.

Ein Zündschlag in einer Zerkulosenfabrik verursachte in Berlin einen großen Brand. 35 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden verletzt, sechs davon schwer.

Pariser Reuskalbrähler ließen vor kurzem durch den Prälaten Byrie ihre Pferde einweihen zum Schutze gegen Unglücksfälle.

178.000 Arbeitslose fanden am 15. Dez. im Bezug der Unterstützung. Die Zunahme in 14 Tagen beträgt 23.658 Personen.

Die Aufhebung der Weihnachtsfeiertage und ihre Ersetzung durch weltliche Feiertage wurde in vielen Industriestädten Außlands von den Arbeitern gefordert, um dem Weihnachtsmärchen als religiöse Verdrummungspropaganda ein Ende zu setzen.

Zwei Priester, die einen reichen Landwirt ermordeten, um schneller in den Besitz seiner Erbschaft zu kommen, die er ihnen vermachte hatte, wurden in Warschau zu je 12 Jahren verurteilt.

30 Geleite von Dinosaurieren (ausgestorbene Landreptilien), die eine Länge von 30 m erreichten, wurden vom schwedischen Forscher Sven Gedin in Ostchina gefunden.

Vertrauensmänner!

Mittwoch, 2. Jänner, im Parteilokal wichtige Konferenz. Umfangreiche Tagesordnung. 1/8 Uhr erketnet.

Briefkasten.

„Ein in einem Grobberieib stehender Metallarbeiter.“ Vorerst müssen Sie so viel Mut aubringen, der Redaktion Ihren Namen zu nennen.

Leis D. Warum kommen Sie nicht zur erwünschten Aussprache?

Bulgarische Kerkerfoltern in Wien.

Nach Redaktionsschluß erfahren wir, daß der Gen. Grata im Landesgericht schwer mißhandelt wurde. Mit einer klaffen Kopfwunde, halb tot geschlagen, liegt er im Inquisitionspital. Die bürgerlichen Pressenalleen sprengen Lügen aus, um diese Justizbestialität zu verdecken.